

Pakistan im Überblick

Zusammengestellt von Jakob Vogel

Senat stimmt für Gesetz gegen häusliche Gewalt

Im Oberhaus wurde ein Gesetz gegen häusliche Gewalt *Domestic Violence (Prevention and Protection) Bill* in geheimer Abstimmung beschlossen und Präsident Asif Ali Zardari zur Gegenzeichnung vorgelegt. Schon im August 2009 war dieses Gesetz vom Abgeordnetenhaus beschlossen worden. Nach diesem Gesetz kann häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder mit Strafen bis zu sechs Monaten Gefängnis und mindestens 100.000 Rupien (ca. 850 Euro) geahndet werden. Das Gesetz soll auch Familienangehörige, Adoptivkinder sowie im Haushalt Beschäftigte schützen. Als „häusliche Gewalt“ gelten neben physischer Gewalt auch seelische Grausamkeiten, sexuelle Belästigungen sowie Unterschlagung von Finanzmitteln. Zuvor konnten solche Gewaltakte nicht durch die Polizei verfolgt werden, da sie als Familienangelegenheiten galten.

Entführungen humanitärer Helfer

Im Januar 2012 wurden vier internationale humanitäre Helfer in Beluchistan (1), Sindh (1) sowie im Punjab (2) entführt, davon drei Personen in ihren Unterkünften und eine auf der Reise. Über das Schicksal der vier Helfer wurde bis März 2012 nichts bekannt. Einzig zu den beiden im Punjab entführten Helfern – Mitarbeiter der Deutschen Welthungerhilfe – wurde durch pakistanische Medien bekannt, dass sie in den Händen der *Tehrik Taliban Pakistan* seien.

Massaker gegen Schiiten auf dem Karakorum Highway

Am 29. Februar wurden in Kohistan 18 Schiiten an einer vermeintlichen Kontrollstation am Karakorum Highway erschossen. In Tarnuniform gekleidete Kämpfer der Organisation *Jundullah*, die laut Presseberichten die Verantwortung für die Tat übernahm, hatten mehrere Kleinbusse angehalten und die Passagiere zum Aussteigen gezwungen. Nach deren Befragung wurden alle 18 Schiiten separiert und erschossen. Die aus dem Norden stammenden Schiiten waren auf dem Rückweg von einer Pilgerreise zu Heiligtümern im Iran. In Gilgit-Baltistan sind Schiiten in der Mehrzahl, während der Karakorum Highway überwiegend durch sunnitische Siedlungsgebiete führt. Wiederholt kommt es in Pakistan zu sog. kommunalistischen Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten. In Gilgit-Bal-

tistan führten diese in der Vergangenheit mehrfach zu langanhaltenden Krisen mit Demonstrationen, Racheakten und Ausgangssperren. Dabei wird – wie derzeit als Reaktion auf das Attentat in Kohistan – mit dem Karakorum Highway auch die einzige Verkehrsverbindung in den Norden sowie nach China und zu einem der wenigen touristischen Anziehungspunkte (in Hunza) blockiert.

BND-Agenten unter vermeintlichem GIZ-Deckmantel in Peschawar aufgegriffen

In Peschawar haben pakistanische Sicherheitsbehörden im Februar drei Deutsche – zwei Männer und eine Frau – festgesetzt und später an die Botschaft übergeben. Nach Angaben pakistanischer Behörden soll es sich um Agenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) handeln, die mit einem Fahrzeug sowie mit Visitenkarten der Gesellschaft für internationale Entwicklung (GIZ, zuvor GTZ) aufgegriffen wurden. Das Auswärtige Amt sprach demgegenüber von „diplomatisch angemeldeten Mitarbeitern der Botschaft in Islamabad“; von der GIZ wurde bekannt, dass dieses Fahrzeug nicht zum GIZ-Fuhrpark gehört habe. Die drei Deutschen wurden nach Verhören in Islamabad an die deutsche Botschaft übergeben und reisten unmittelbar danach aus. Der Vorfall sorgte für diplomatische Spannungen. Nach Berichten pakistanischer Behörden wurden die drei Deutschen schon über längere Zeit wegen Spionageverdachts überwacht. Nach gängiger Praxis haben die pakistanischen Medien auch deren Namen und Photos veröffentlicht. Im Zuge der Berichterstattung wurde wiederholt auf die langjährige Existenz eines so genannten „Ein-Mann-Büros“ des BND in Peschawar hingewiesen, mit dem Auftrag, Extremisten und deutsche Dschihadisten vor Ort zu beobachten und Informationen über sie zu sammeln. Hierzu würden laut Presseberichten wiederholt BND-Mitarbeiter nach Pakistan reisen, offiziell als politische Berater deklariert. Unter Vertretern der Hilfsorganisationen hat dieser Fall für große Aufregung gesorgt, vor allem, da sich in der öffentlichen Meinung in Pakistan gegenüber Helfern schnell der Generalverdacht der Spionage festsetzen und damit die unabhängige Hilfsarbeit für die Helfer lebensgefährlich werden kann.

Pakistan fordert afghanische Taliban zu Friedensgesprächen auf

Pakistans Ministerpräsident Yousuf Raza Gilani hat die Taliban Ende Februar erstmals öffentlich zur Teilnahme an Friedensgesprächen mit der afghanischen Regie-

rung aufgefordert. Damit kommt Pakistan den Forderungen der USA und Afghanistans nach, da ein Großteil der Taliban-Spitze, darunter ihr Führer Mullah Omar, in Pakistan vermutet wird. Der tatsächliche Einfluss Pakistans auf die Verhandlungsbereitschaft der Taliban bleibt abzuwarten; die Taliban hatten erklärt, dass sie nicht mit der afghanischen Regierung, sondern mit den USA verhandeln wollten.

Pakistan und Iran wollen Afghanistan unterstützen

Pakistan und der Iran haben bei einem Gipfeltreffen der Präsidenten Asif Ali Zardari, Mahmud Ahmadinedschad und Hamid Karsai in Islamabad Afghanistan ihre „volle Unterstützung“ für den Friedensprozess mit den Taliban zugesagt. Karsai traf in Islamabad auch die pakistanische Armeeführung, nachdem die afghanische Regierung zuvor wiederholt den Militärgeschwader ISI scharf kritisiert hatte. Vor dem Treffen hatte Karsai in einem Interview des *Wall Street Journal* bestätigt, dass die USA und Afghanistan Geheimverhandlungen mit den Taliban begonnen haben; dies wurde von den Taliban jedoch dementiert. Karsai wird zitiert, dass Pakistans Kooperation die Verhandlungen „für uns, für die Taliban und für die USA“ einfacher machen würde. Mehr als „Hoffnungen“ habe er hinsichtlich der Kooperation Pakistans aber weiterhin nicht. Das Gipfeltreffen in Islamabad war das dritte der drei Nachbarstaaten seit 2009.

Islamisten-Zusammenschluss in Pakistan

Ein neues Netzwerk zahlreicher Parteien und islamistischer Gruppen, *Difa-e Pakistan* (Verteidigung Pakistans), sorgt seit dem NATO-Luftangriff vom November 2011 mit Massenkundgebungen für Aufsehen. Rund vier Dutzend Parteien und religiöse Organisationen haben sich formiert und werden von prominenten radikalen Klerikern unterstützt. Öffentlich wurde vor allem den Feinden Indien und USA vorgeworfen, Pakistan auseinander reißen zu wollen, etwa indem die Selbstbestimmung Beluchistans unterstützt werde. Zudem wurde die pakistanische Regierung davor gewarnt, die Routen für die NATO-Versorgungskonvois nach Afghanistan wieder frei zu geben. Bei einer Kundgebung ist in Lahore auch Hafiz Saeed, einer der Gründer der Terrorgruppe *Lashkar-e Toiba*, aufgetreten und hat Indien offen mit weiteren Anschlägen gedroht. Beobachter werten dies als Bestätigung der anhaltenden Nähe zwischen dem Militärgeschwader ISI und militanten Gruppen. So trat auch der frühere ISI-Chef Hamid Gul als Redner bei *Difa-e-Pakistan*-Kundgebungen auf. Nach Meinung der pakistanischen Tageszeitung *Dawn* zeigt das Netzwerk aber schon erste Risse, vor

allem wegen Uneinigkeit und Rivalität seiner Anführer. So hätten bei jüngeren Veranstaltungen einige bekannte Redner gefehlt und mehrfach hätten sich Anhänger verschiedener Gruppen vor der Rednerbühne geprügelt.

Warnung: Weltkulturerbe Sufismus in Pakistan bedroht

Der Schriftsteller und Islamwissenschaftler Navid Kermani warnte im Deutschlandradio vor der Bedrohung der sufischen Volkskultur in Pakistan, einer spirituellen, moderaten Auslegung des Islam. Der islamistische Terror in Pakistan richte sich weniger gegen den Westen als gegen das eigene Volk. Keiner der terroristischen Anschläge gegen Sufi-Schreine sei bislang aufgeklärt worden. Kermani hält die Sufis für ein argloses Ziel für Terroristen.

Bin-Laden-Anwesen abgerissen

Pakistanische Behörden haben Ende Februar 2012 den Abriss des dreistöckigen Gebäudes des einstigen Al-Qaida-Führers Osama Bin Laden in Abbottabad abgeschlossen. Bin Laden hatte dort mehrere Jahre gelebt, bis eine US-Spezialeinheit ihn dort im Mai 2011 aufspürte und tötete. Im Streit um diesen US-Einsatz war es zu einem schweren Konflikt zwischen USA und Pakistan gekommen. Seit dem Tod des Al-Qaida-Chefs war das Grundstück stetiges Ziel von Schaulustigen, und die Regierung wollte eine Pilgerstätte für Islamisten verhindern.

Anhaltend hohes Bevölkerungswachstum

Aktualisierte Bevölkerungsdaten für 2012 weisen für Pakistan 192 Millionen Einwohner sowie ein jährliches Bevölkerungswachstum von 2,7 Prozent aus. Allerdings basieren die Zahlen auf Hochrechnungen der Volkszählung von 1998. Von besonderem Interesse ist die sehr hohe Zuwachswachrate der Hauptstadt Islamabad (5,2 % p.a.) sowie der Anteil der unter Fünfjährigen mit mehr als 47 % in eher ländlich strukturierten Provinzen. Das heißt, nahezu die Hälfte der Menschen dort ist jünger als 15 Jahre alt. Im regionalen Vergleich weist Pakistan laut Weltbevölkerungsbericht 2011 nach Afghanistan die höchste Wachstumsrate auf, sowie wiederum nach Afghanistan und gleichauf mit Indien die niedrigste Lebenserwartung. Der Weltbevölkerungsbericht 2011 weist das Bevölkerungswachstum Pakistans jedoch nur mit 1,8 Prozent pro Jahr aus. Abweichungen demographischer Werte für Pakistan in publizierten Statistiken sind in der Vergangenheit wiederholt bekanntgeworden und ließen sich oft mit Förderrichtlinien für Entwicklungskredite korrelieren.